

Häuser mit Flüchtlingswohnungen sollen entstehen

Bürgerinformation zur geplanten Wohnbebauung im Bereich der Wörthstraße / 50 Einheiten für Menschen aus der Ukraine geplant

Von Karl-Heinz Fischer

Baden-Baden – Auf dem ehemaligen Bauhofgelände neben dem Wohnmobilhafen zwischen Wörthstraße und Hubertusstraße möchte die Stadtverwaltung mit der Gesellschaft für Stadtentwicklung (GSE) zwei jeweils viergeschossige Häuser mit insgesamt 50 Wohnungen errichten. Sie sollen neben dem bereits geplanten, aber noch nicht gebauten Altenpflegeheim mit Betreutem Wohnen entstehen.

Vorgesehen sind „eher größere Wohneinheiten für Familien“, wie Stefan Läufer von einem mit der Stadtplanung beauftragten Freiburger Büro in einer Bürgerinformationsveranstaltung am Montagabend im Richard-Wagner-Gymnasium (RWG) erläuterte.

Bürgermeister Roland Kaiser (Grüne) machte die anwesenden Bürgerinnen und Bürger zunächst darauf aufmerksam, dass es bislang nur um eine Rahmenplanung für die Aufstellung eines Bebauungsplans gehe. Wie die beiden Häuser einmal aussehen werden, werde erst im nächsten Planungsschritt entschieden. Dann würden die Bürger zu einer weite-

ren Informationsveranstaltung eingeladen. Wer in den beiden Häusern einmal wohnen soll, steht aber bereits fest: Es sollen Wohnungen für Flüchtlingsfamilien aus der Ukraine sein, für die die Stadt Wohnraum braucht im Rahmen der so genannten Zweitunterbringung für Personen, die in Arbeit oder Ausbildung sind. Kaiser stellte dazu zum einen fest, „dass wir daran interessiert sind, dass diese Menschen dauerhaft in der Stadt bleiben“. Sie würden von der Wirtschaft als Arbeitskräfte gebraucht und seien auch als Steuerzahler willkommen.

Fertigstellung für Anfang 2025 geplant

Zum anderen erinnerte Kaiser daran, dass wir derzeit „zahlenmäßig die stärksten Flüchtlingsbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg erleben“. Baden-Baden habe besonders viele Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen und komme damit besser klar als viele andere Kommunen. „Wir sind der einzige Stadtkreis in Baden-Württemberg, der bisher noch keine Sporthallen in Beschlag nehmen musste“, was natürlich auch daran liege,



Die Stadtverwaltung informiert über die Planungen: Zwei Häuser sollen zwischen Wörthstraße und Hubertusstraße errichtet werden.

Foto: Karl-Heinz Fischer

dass viele Bürger der Stadt Wohnraum für die Flüchtlinge zu akzeptablen Bedingungen anbieten. Gleichwohl brauche die Stadt noch viele weitere Wohnungen für die Zweitunterbringung der Flüchtlinge. Ziel sei ein gut integriertes Wohnquartier, dessen Bewohner von Sozialarbeitern der

Stadt betreut werden. Mehr als 800 Flüchtlinge seien im Lauf eines Jahres nach Baden-Baden gekommen, berichtet Matthias Voigt, der in der Stadtverwaltung für Sozialplanung und Integration zuständig ist. Besonders stark war dabei der Zustrom von Familien aus der Ukraine. Man brauche schon

jetzt Wohnungen für etwa 400 Personen. Deshalb, so sagte GSE-Geschäftsführer Alexander Wieland, habe man sich einen „sehr ambitionierten Zeitplan“ vorgenommen. Bis zum Sommer soll der Bebauungsplan erstellt sein, damit Ende des Jahres der Bauantrag gestellt werden kann. Baubeginn

soll dann im Sommer 2024 und Fertigstellung im Frühjahr 2025 sein. Kaiser stellte jedoch auch fest, dass heute noch niemand sagen könne, wie die Lage dann sei.

Möglicherweise wollten dann viele Flüchtlinge wieder zurück in die Ukraine, die Zahl der Flüchtlinge könne aber auch weiter steigen. Aber das sei auch kein Problem, denn Wohnraum werde in Baden-Baden ohnehin gesucht und Wieland betonte, dass es sich hier „um ganz normale Wohnungen“ handle, die von allen Bürgern bewohnt werden könnten – aber nur, wenn kein Bedarf mehr an Wohnungen für Flüchtlinge aus der Ukraine bestehe.

Wie Kaiser mitteilte, erhält die Stadt hohe Zuschüsse für den Bau von Wohnungen für die Flüchtlinge aus der Ukraine, weshalb sie auch nur von dieser Personengruppe bezogen werden dürfen. Dass dies einer „Ghettobildung“ Vor-schub leisten könne, die der Integration der Flüchtlinge nicht eben förderlich sei, räumte Kaiser auf Nachfrage einer Besucherin durchaus ein, man müsse aber so verfahren, weil man sonst die Zuschüsse verliere, ohne die der Bau dieser Häuser nicht möglich wäre.